



**McCarthy auferstanden**

Reaktionäre Tribunale nach propalästinensischen Protesten an US-Unis. Geld spielt große Rolle

**3**

**Sturm geerntet**

Tesla-Fabrik: Klimaaktivisten protestieren gegen Werkserweiterung. Polizei greift gewaltsam ein

**5**

**Warnschuss verpasst**

Argentinien: Generalstreik gegen Kürzungspolitik. Gewerkschaften für »härtere Maßnahmen«

**9**

**Rosinen mystifiziert**

Vor 75 Jahren endete die »Berlin-Blockade«. Es ging um nicht weniger als deutsche Teilung

**12**

# Pistorius in Spendierlaune

BRD kauft in Washington Raketen für Kiew und finanziert Energienetz. Russland beginnt wohl in Charkiw Frühjahrsoffensive. **Von Reinhard Lauterbach**

Die Bundesregierung hat ein weiteres Mal für die Ausrüstung der Ukraine in die Tasche gegriffen. Verteidigungsminister Boris Pistorius kaufte bei einem Besuch in Washington der US-Armee einen Stoß Raketen für das »Himars«-Wurfersystem ab, die nun an Kiew gehen. Dessen Reichweite beträgt in den bisher an die Ukraine gelieferten Versionen bis zu 75 Kilometer. Wie viele Raketen das Paket enthält, wurde nicht mitgeteilt, nur die Kosten: ein »höherer dreistelliger Millionenbetrag« laut Bundesverteidigungsministerium.

Mehrere westliche Medien meldeten derweil unter Berufung auf den französischen Auslandssender RFI, dass Frankreich der Ukraine 40 Marschflugkörper des Typs »Scalp« geliefert habe. Die Waffen, die in ihrem Leistungsprofil ungefähr den britischen »Storm Shadow« entsprechen, hätten kurz vor dem Verfallsdatum gestanden, und es habe sich als viermal billiger erwiesen, sie der Ukraine zum Verschießen zu überlassen, als sie fachgerecht zu entsorgen. Der faktische Kampfwert der Raketen scheint geringer zu sein; ein Teil wird nach der Webseite *Defence 24* einsatzbereit geliefert, ein anderer als ausschlachtbares Ersatzteillager. Gleichzeitig sollen die französischen Streitkräfte frische »Scalp« ab Werk bekommen.

In Kiew war am Donnerstag Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze zu Gast. Sie wollte mit dem ukrainischen Infrastrukturminister Oleksander Kubrakow den sogenannten Wiederaufbaugipfel in Berlin im kommenden Monat vorbereiten, musste aber unverrichteter Dinge

zurückkehren, weil Kubrakow am Tag ihrer Ankunft vom Parlament entlassen wurde. Schulze überreichte der Ukraine einen Zuschussbescheid der »Kreditanstalt für Wiederaufbau« über 45 Millionen Euro zur Instandsetzung der durch russische Angriffe beschädigten Energienetze.

Unterdessen hat Russland möglicherweise die Front für seine erwartete Frühjahrsoffensive im Raum Charkiw eröffnet. Seit dem frühen Freitag morgen melden ukrainische Quellen Vorstöße motorisierter russischer Einheiten über die Grenze nördlich der Millionenstadt. Die Entfernung von dort nach Charkiw beträgt etwa 40 Kilometer. Erste Berichte, wonach die Angriffe im Keim erstickt worden seien, wurden später nicht mehr wiederholt. Außerdem meldete die Ukraine schweren Beschuss der grenznahen Stadt Wovtschansk, etwa 70 Kilometer östlich von Charkiw. Dort scheinen russische Bodentruppen die Grenze aber nicht überschritten zu haben. Der ukrainische Sicherheitsrat kommentierte die Situation mit der Aussage, Russland habe nicht die Kräfte für einen Angriff auf Charkiw, sondern nur dazu, Unruhe im Grenzgebiet zu stiften. Am Hauptschauplatz der Kämpfe der letzte Wochen, dem Donbass, verzeichneten die russischen Truppen offenbar kleinere Geländegewinne und eroberten einige Ortschaften.

Die Ukraine griff mit Drohnen ein Tanklager in der südrussischen Kuban-Region und eine Raffinerie in der Teilrepublik Mordwinien nordöstlich von Moskau an. In beiden Fällen entstand offenbar nur Sachschaden. Der

letzte Angriff fällt jedoch dadurch auf, dass die Entfernung bis zum Ziel von der Ukraine aus etwa 1.500 Kilometer beträgt. Die Ukraine arbeitet seit Monaten daran, die Reichweite ihrer Kampfdrohnen zu erhöhen. In Russland wird die Gefahr künftiger

Angriffe auf das tiefe Hinterland insofern durchaus ernst genommen, als zuletzt auch im Uralgebiet – wo unter anderem die größte Panzerfabrik des Landes steht – die Flugabwehr verstärkt worden ist.



Dafür ist immer Geld im Bundeshaushalt: Kriegsgerät für Kiew

letzte Angriff fällt jedoch dadurch auf, dass die Entfernung bis zum Ziel von der Ukraine aus etwa 1.500 Kilometer beträgt. Die Ukraine arbeitet seit Monaten daran, die Reichweite ihrer Kampfdrohnen zu erhöhen. In Russland wird die Gefahr künftiger

Angriffe auf das tiefe Hinterland insofern durchaus ernst genommen, als zuletzt auch im Uralgebiet – wo unter anderem die größte Panzerfabrik des Landes steht – die Flugabwehr verstärkt worden ist.

■ Siehe Kommentar Seite 8

## UNRWA-Hauptquartier in Ostjerusalem geschlossen

Jerusalem. Das Hauptquartier des UN-Palästinenserhilfswerks UNRWA in Ostjerusalem ist wegen erneuter Ausschreitungen vorerst geschlossen worden. Dessen Leiter Philippe Lazzarini schrieb am Donnerstagabend auf X: »Heute Abend setzten israelische Bewohner das Gelände des UNRWA-Hauptquartiers im besetzten Ostjerusalem zweimal in Brand. Dies geschah, während sich Mitarbeiter des UNRWA und anderer UN-Organisationen auf dem Gelände aufhielten. Dies ist eine ungeheuerliche Entwicklung. Wieder einmal war das Leben von UN-Mitarbeitern ernsthaft in Gefahr.« Der UNRWA-Chef erklärte, dass eine von bewaffneten Männern begleitete Menschenmenge außerhalb des Geländes »Brennt die Vereinten Nationen nieder!« skandiert habe. Er habe deswegen beschlossen, das Gelände zu schließen, bis die Sicherheit wiederhergestellt sei. (Reuters/JW)

## Warschau: Tausende Bauern gegen »Green Deal«



Warschau. In der polnischen Hauptstadt Warschau haben Tausende Landwirte gegen die Umweltpolitik der EU protestiert. Für Freitag hatten die ehemalige konservative Regierungspartei PiS und die Gewerkschaft Solidarność zu einem Protestmarsch gegen den »Green Deal« der EU aufgerufen. Mehrere tausend Bauern liefen am Freitag in gelben Westen und mit polnischen Nationalflaggen durch Warschau und forderten ein Referendum über die EU-Klimaschutzziele. Solidarność-Sprecher Adrian Wawrzyniak erklärte gegenüber AFP, man sei »mit allen Green-Deal-Vorgaben nicht einverstanden«, sie würden der polnischen Wirtschaft schaden. Ein Referendum in Polen solle »den Präsidenten, das Parlament und die Regierung« verpflichten, den »Green Deal« abzulehnen. In den vergangenen Monaten hatten Landwirte in Polen vor allem gegen Getreideimporte aus der Ukraine protestiert. (AFP/JW)

# Israel setzt Angriff unbeirrt fort

Rafah: Offensive wird ausgeweitet, während Bevölkerung Versorgungskollaps droht

Von allen Seiten wird ein Ende der Bodenoffensive in Rafah gefordert, der israelische Nationale Sicherheitsrat stimmte am Freitag jedoch einer »maßvollen Ausweitung« des Militäreinsatzes zu. Zugleich wies es seine Unterhändler an, die Bemühungen um einen Geiseldelort zuzusetzen, berichtete das Portal *Avi-ot* unter Berufung auf nicht genannte Quellen. Unstimmigkeit herrscht offenbar im Hinblick auf den vom engsten Verbündeten USA ausgehenden Druck auf die Regierung von Benjamin Netanjahu. Zwei Insidern zufolge

überschreite dieser Schritt nicht die von US-Präsident Joseph Biden gesetzte »rote Linie«. Nach Angaben einer dritten Person könnte dies mit Blick auf die ausgesetzten US-Militärhilfen als Grenzübertritt gewertet werden.

In Rafah wird die Lage für die mehr als eine Million Menschen unterdessen mit andauernden Bombenangriffen und Artilleriebeschuss immer dramatischer. Anwohner berichteten gegenüber Reuters zudem von heftigen Kämpfen zwischen israelischen Streitkräften und Kämpfern der Hamas und des Islamischen Dschihad. »Seit fünf Tagen

ist kein Treibstoff und praktisch keine humanitäre Hilfe mehr in den Gazastreifen gelangt, und wir kratzen am Boden des Fasses«, sagte der leitende UNICEF-Notfallkoordinator im Gazastreifen, Hamish Young. Israelische Panzer haben den Osten Rafahs bereits von Süden her abgeriegelt, den einzigen Grenzübergang zwischen der Enklave und Ägypten eingenommen und geschlossen. Ein Vorstoß am Freitag auf die Salahuddin-Straße, die den Gazastreifen längs teilt, vervollständigte die Umzingelung der »roten Zone«, aus der die Bewohner vertrieben

wurden – insgesamt haben die Stadt seit Montag rund 110.000 Menschen verlassen, ohne eine sichere Alternative.

Den ebenfalls in der »roten Zone« befindlichen Grenzübergang unter Kontrolle Israels, Kerem Schalom, griff die Hamas nach eigenen Angaben am Freitag zum vierten Mal seit Sonntag an. Während Israel davon spricht, dass damit der »wichtigste Übergang für humanitäre Hilfe nach Gaza« unter Beschuss stehe, berichten Hilfsorganisationen jedoch, dass sie nicht in der Lage waren, Hilfsgüter über diesen Übergang zu transportieren. Ina Sembdner

**jW** wird herausgegeben von 2.751 Genossinnen und Genossen (Stand 24.4.2024)  
www.jungewelt.de/lpg

